

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gegen neue Inflation.

Anflagerede des Genossen Keil im Reichstag.

Die Rechtspresse ist glücklich, daß ihr Hergt gestern die „nationale“ Opposition geführt hat. Und das Blatt der Elase versichert mit Stolz, daß der „Gemeinschaft der abermals Erfüllungsbereiten diesmal eine geschlossene Front der Opposition gegenübersteht“. Diese Front beginnt bei Hergt und Tirpitz und führt über Ahlemann aus Krottschin hinweg bis zu den Blähen, wo Berner Schölem sich mit Frau Gohlke in die Führung der nationalen Moskauer teilt. Eine ehrenwerte Front, diese Opposition!

Aber die Geschlossenheit dieser Front scheint doch nicht ganz so fest zu sein, wie man es nach außen scheinen lassen möchte. Wenigstens gehen die Meinungen der aus der gleichen deutschnationalen Quelle gespeisten Blätter weit auseinander. Die „Kreuzzeitung“ spricht von „sozialdemokratischer Volksvergiftung“ — sie meint damit die sachliche Rede Hilferdings — und kündigt an, daß die Deutschnationalen die — Abstimmung freigeben würden. Sie tut es in dieser gewundenen Form:

Die Deutschnationalen Volkspartei respektiert den 21. Artikel der Verfassung, der besagt, die Abgeordneten seien Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden. Keiner hat so scharf den Fraktionszwang bekämpft, wie Dr. Helfferich.

Das heißt also: Ein Teil unserer Leute werden mit Ja stimmen, ein anderer wegbleiben und für die übrigen bleibt das unentwegte Nein! Das ist die stolze „nationale“ Opposition!

Freilich, in anderen Blättern liest mans wieder anders. Im „Tag“ des Herrn Hugenberg zum Beispiel wird versichert, die Rede Hergts werde „nicht als glatte Ablehnung der Beschlüsse gedeutet“ und „man glaubt“, daß „sich auf der Basis einer sachlichen Erörterung der deutschnationalen Forderungen eine Vereinbarung finden läßt, die auch ohne augenblickliche praktische Abänderung der Londoner Vereinbarungen zu einer neuen innenpolitischen Situation führen kann. Besprechungen dieser Art haben bis jetzt noch zu keinem praktischen Ergebnis geführt, werden aber gegebenenfalls fortgesetzt werden.“

Man nennt das sonst wohl den „Drang zur Futterrippe“, der sich bei den Mannen Hergts immer stürmischer entwickelt. Auch die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst so wacker zu schmälen versteht über andere, die sich an die „Futterrippe“ drängen, findet jetzt warme Töne der Anbiederung an die bisherigen Regierungsparteien. Der deutschnationalen Abgeordnete Paul Baeder leitet die höchst eigenhändig über die Frage, ob eine Reichstagsauflösung zweckmäßig sei:

Nach den Ausführungen des Abg. Curtius würde die Auflösung doch bedeuten, daß die Regierung ein Lotterspiel, zugleich aber, daß sie das Spiel der Sozialdemokratie spiele. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung wirklich bewußt wäre, könnte doch nicht gut eine derartige Hazard-Politik zugunsten des „einfachen Geschäfts“ der Sozialdemokratie treiben. Selbst wenn man aber eine Reichstagsauflösung in Rechnung stellt, dann wäre immer noch nicht ein sachlicher Grund für eine Umstellung der inneren Politik nach links hin gegeben; denn sogar noch über die Auflösung hinaus das „einfache Geschäft“ der Sozialdemokratie zu betreiben, wäre doch eine geradezu groteske Unverantwortlichkeit; zumal weder Deutsche Volkspartei noch Zentrum irgendwie darüber zweifelhaft sein können, daß nach Inkraftsetzung der Danes-Gesetze für ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien noch viel dringlichere sachliche Gründe sprechen würden als schon jetzt!

Nach alledem kann man, wie gesagt, diese Mahnung des Herrn Dr. Curtius nur schwer verstehen und fühlt sich mindestens zu der Frage versucht, ob die Regierungsparteien sich nicht doch schon darüber klar sind, daß der ganze Gedanke einer Reichstagsauflösung oder ähnlicher Experimente einen Ausweg aus der durch die Regierungspolitik geschaffenen Sackgasse gar nicht bieten kann, daß der Ausweg also in anderer Richtung gesucht werden muß.

Also: Bürgerblut um jeden Preis. Mitregieren ist alles! Auch wenn die Beschlüsse gegen den größten Teil der „geschlossenen Oppositionsfront“ angenommen werden, dann erst recht muß der deutschnationalen Mann Minister spielen, dann erst recht muß die große Bürgerkoalition zur Tat werden! Denn — das ist das Wichtigste — dann kommt ja die Lastenverteilung und dabei müssen doch die Anhänger des Privatkapitals fest zusammenstehen, damit nicht etwa den Besitzenden ein Haar gekrümmt werde.

Redet Baeder so den „Bürgern“ in der bisherigen Regierungskoalition gut zu, so bringt sein Kollege von der „Kreuzzeitung“ die schärfere Tonart: „Wir wiederholen: Wir schämen uns unserer Regierung!“ Man wird sich erst nicht mehr schämen, wenn man mit Stresemann und Marx an einem Tisch sitzen darf, um Schutzoll und Zwölftundertausend, um Reparationskosten und Wirtschaftsdruck auf die arbeitenden Massen wälzen zu können! Daß Marx und Stresemann etwa abziehen könnten, mit Leuten gemein-

sam zu regieren, die sich ihrer „schämen“, der Gedanke kommt den nach den Ministerjesseln Bierenden überhaupt nicht. Und das ist auch ein Zeichen von der Begriffsverwirrung im Lager der „geschlossenen Opposition“ von Hergt bis Schölem!

Wenn eins noch die Situation beleuchten könnte, dann ist es die liebevolle Behandlung, die der kommunistischen Rednerin in der deutschnationalen Presse zuteil wird im Gegensatz zu dem Haß, der auf den sozialdemokratischen Sprecher fällt. Die „Kreuzzeitung“ fühlt sich durch die messerscharfe Beweisführung Hilferdings dermaßen getroffen, daß sie einen ganzen Leitartikel voll der grimmigsten Anwürfe seiner Rede widmet, während sie — zum Troste für ihre ostelbischen Leser — versichert, Ruth Fischer habe sich „auch brav mit der Sozialdemokratie herumgeschlagen“. Und Paul Baeder bringt es fertig, dem Genossen Hilferding nachzureden, er habe als Finanzminister den Sturz der Mark ins Bodenlose herbeigeführt aus „Abneigung gegen die Rentenmark“. Während es doch sogar in der „Deutschen Tageszeitung“ bekannt sein mußte, daß Hilferding erst den Boden für die Rentenmark schuf, als er den Ruhrkampf abdrohte und damit den Inflationsgewinnen der deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Industrien des Westens aufhob.

Aber es kommt auf eine Unrichtigkeit mehr oder weniger nicht an. Die Deutschnationalen haben Angst vor Neuwahlen, die ihre Scheinmacht zertrümmern würden. Deshalb loden und schimpfen sie abwechselnd, immer in der Hoffnung, daß ihnen doch noch das Glück des Bürgerblods blühe. Die Entscheidung liegt nicht mehr bei ihnen, sondern bei den Mittelparteien. Diesen sehe man auf die Finger.

Auf der Tagesordnung steht heute die zweite Beratung der Gutachtenkommission.

Der Abg. Dietrich (DnA.) greift die Haltung des Reichsbankpräsidenten an, der der Rentenmark nicht sympathisch gegenüberstehe und dem Kreditbedürfnis der Landwirtschaft zu wenig Rechnung trage.

Abg. Graefe (Nat.-Soz.) beantragt, die Verhandlungen auszusetzen, bis der Reichsbankpräsident erschienen sei.

Präsident Wallraf weist darauf hin, daß der Reichstag nur das Recht habe, die Heranziehung von Ministern zu seinen Sitzungen zu verlangen.

Abg. Keil (Soz.):

Die Wurzeln der Zerstörung der deutschen Währung liegen in der Kriegsfiskalpolitik. Keine Stimme von rechts ist damals laut geworden, als wir die falsche Staatswirtschaft während des Krieges ansahen und forderten, daß Deutschland die Kriegskosten aus Steuern decken solle. Man verließ sich damals darauf, daß man am Ende des Krieges dem Geognern die Rechnung präsentieren würde. Zahllos sind die Stimmen bürgerlicher Finanzpolitiker, die uns belästigen, daß das ganze Inflationsepos auf die falsche Finanzpolitik während des Krieges zurückzuführen ist. Nach Beendigung des Krieges wurde das Spiel in anderer Form fortgesetzt. Die Rationalisierungsmaßnahmen schuf ein umfassendes neues Steuerwerk, um die Mark zu retten und den Etat zu balanzieren. Kaum aber war dies Steuerwerk beschlossen, da legte im neugewählten Reichstag von 1920 der Sturm gegen diese Gesetze ein. Helfferich begann seine parlamentarische Tätigkeit mit einer Rede, in der er behauptete, das Steuerwerk zermalmte den deutschen Großbesitz. Ich weiß nicht, ob es jemand gibt, der glaubt, daß der deutsche Großbesitz zermalmt worden ist. Stück für Stück wurde das Steuerwerk der Rationalisierungsmaßnahmen abgebaut mit der Begründung, daß der bedrohliche Mittelstand die Lasten der Steuerfäße nicht tragen könne.

Für den großen Besitz war noch die angenehme Nebenwirkung verbunden, daß er die Summen, die dem Mittelstand geraubt wurden, in seinen Händen vereinigte. Die Vertreter der Kreise, die aus der Inflation Gewinne gezogen haben, sollten sich hüten, die Sanierung der Währung zu erschweren, weil sie sich sonst dem Verdacht aussetzen, daß sie die Inflation erneuern wollen.

Wir handeln im Interesse aller Erwerbstätigen, wenn wir mit allen Kräften einer neuen Inflation uns widersetzen. Die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten denken mit Schrecken an das Jahr der inflationistischen Hochflut von 1923. Sie sind von der Papiergeldflut an den Rand der Verzweiflung getrieben worden. Wenn die Kommunisten sagen, am Abend der Arbeiterschaft habe sich mit der Stabilisierung nichts geändert, so ist daran soviel wahr, daß die Löhne und Gehälter immer noch im trassen Mißverhältnis zu den Lebenshaltungskosten stehen. Trotzdem behauptet man, es gibt keinen denkenden Arbeiter in Deutschland, der sich zurücklehnt nach der Zeit der Inflation. Vom Standpunkt der organisatorischen Machtfülle der deutschen Arbeiterbewegung ist die Inflation dreifach zu verfluchen. Der Keisler der Arbeiterschaft den schlechtesten Dienst, der die Arbeiter mit geschwollenen Redensarten der Gefahr aussetzt, aufs neue in einen Zustand der organisatorischen Ohnmacht zu geraten.

Im Lande wird von der deutschnationalen Opposition behauptet, wir forderten mit Begeisterung die Annahme des Gutachtens. Nichts liegt uns ferner, als Begeisterung für das Gutachten, wenn wir die Konsequenzen ziehen müssen aus der Situation, in die uns die Politik der Rechtsparteien gebracht hat.

Die kommunistische Rednerin hat uns gestern die Koalition mit Rußland angeboten. Wir Sozialdemokraten begrüßen jede vernünftige Wirtschaftsverbundung mit Rußland; doch uns eher die Koalition mit Rußland, die sich Frau Gohlke vorstellt, alsobald die Sicherung der Währung bringen würde, erscheint uns ebenso zweifel-

haft, wie daß sich die anderen Mächten durch eine solche Koalition im Sinne der Frau Gohlke bewegen lassen würden, auf die Reparationsansprüche gegen Deutschland zu verzichten. Tun sie das aber nicht, dann würde das Ende vom Lied ein deutsch-russischer Koalitionskrieg gegen die Ententemächte sein, geführt auf deutschem Boden. Ob die Kommunisten einen solchen Krieg wünschen, weiß ich nicht, aber das weiß ich gewiß, daß die deutsche Arbeiterschaft sich dafür bedankt schreit deshalb, weil am Ende dieses Krieges nichts anderes stünde, als die völlige Vernichtung des Deutschen Reiches, der deutschen Wirtschaft, der deutschen Währung, als Tod und Verderben der deutschen Arbeiterschaft. (Lebhafte Zustimmung der Soz.) Aus diesen Gründen treten wir auf den Boden dieser Gefesvorlage. Wäre Deutschland vollkommen frei, könnten wir nach Belieben diese mit der Entente vereinbarten Vorlagen ändern, so hätten wir manche Wünsche auf Verringerung vorzubringen. In der Zwangslage, in der wir nun leider sind, müssen wir uns abfinden mit den Grundzügen der Gefesentwürfe.

Zu begrüßen ist dabei, daß das Bankgesetz die starke Deckung von 40 Proz. der Noten vorsieht, wovon drei Viertel in Gold vorhanden sein muß, ein Viertel in Devisen vorhanden sein kann.

Wir begrüßen die scharfen Vorschriften zur Anhebung dieser Deckung, wir begrüßen, daß ausschließlich die Reichsbank zur Ausgabe von Banknoten in Deutschland ermächtigt sein wird. Es wäre wenig dagegen zu sagen, wenn die Rechte zur Notenausgabe der vier Privatnotenbanken in Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden aufgehoben würden, da diese Banken doch nur Noten zu 50 Mark ausgeben dürfen, die bei der Lohnzahlung und im kleinen Zahlungsverkehr nicht verwendet werden können, im großen Zahlungsverkehr über die Landesgrenzen hinaus aber nur mit größten Schwierigkeiten anzubringen sind.

Bei dem Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs der Rentenbankcheine könnte man sich fragen, ob nicht die landwirtschaftliche Fundierungsbelastung für eine landwirtschaftliche Kreditbank ausgebaut werden könnte, ob dieses Kreditbedürfnis in anderer Weise befriedigt und ein Teil der Fundierungsbelastung für die Rentenbank zur Lastendeckung verwendet werden könnten.

Bei der gewaltigen Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Lohnsteuer, Umsatzsteuer und andere Verbrauchssteuern müssen wir entschieden darauf bestehen, daß mit der einseitigen Schonung anderer Berufsstände und Klassen aufgehört wird.

Auf diese Frage wird zurückzukommen sein, wenn demnächst der Kampf um die Lastenverteilung beginnt. Dann werden wir auch der Lastenverteilung gedenken, daß die Sachverständigen in ihren Gutachten mehrfach mit großer Schürfe auf das himmelstreichende Steuerrecht hingewiesen haben, das darin liegt, daß in dem verarmten Deutschland der Grundbesitz, der in der Not der Zeit sich noch zu vermehren und verstärken vermocht hat, in einer Weise steuerlich geschont worden ist, die in trassem Mißverhältnis zur Belastung der großen Massen steht. (Lebhafte Zustimmung links.)

Das Münzgesetz sieht die Ausprägung von Goldmünzen von 10 und 20 M., von Silbermünzen von 1 bis 10 M. vor. Eine gesunde Finanzpolitik wird Sparamkeit mit der Ausprägung von Goldmünzen vorschreiben. Die Gestaltung der künftigen Münzen soll vom Reichsfinanzminister bestimmt werden. Wir bitten ihn, sich dabei zu erinnern der Befehlungsbestimmung, daß das Deutsche Reich eine Republik ist. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Wulle hat gesagt, kein Volk der Welt habe jemals freiwillig ein solches Dokument unterschrieben. Wir wissen, daß diese Freiwilligkeit sehr relativ ist. Sie ist nur zu verstehen, wenn man sich die Zwangslage vergegenwärtigt, in der das deutsche Volk sich dank der Kriegspolitik der kaiserlichen Regierung befindet. Mit derselben Freiwilligkeit stimmten wir den Gefesentwürfen zu. Wir tun es, weil niemand eine andere Möglichkeit gezeigt hat, die uns eine neue sichere Geldwährung bringt, welche unserer Wirtschaft die hemmungslose Teilnahme an dem System der Weltwirtschaft gestattet. Wir beschreiten diesen Weg, weil nur so die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen wir uns seit Jahren befinden, und die von Jahr zu Jahr gewachsen sind, überwunden werden können. Wenn die Kommunisten uns raten, wir sollten durch Beteiligung der Zweidrittelmehrheit die Auflösung des Reichstages, die wir von Herzen wünschen, erzwingen, so können wir zu unserem Bedauern von diesem Ratsschlag keinen Gebrauch machen.

Wir müssen es den Kommunisten überlassen, wie man es macht, ein Gesetz zum Scheitern zu bringen, für dessen Annahme man hinterher vor den Wählern den Kampf aufnehmen muß. Eine derartige Taktik mögen vielleicht die kommunistischen Wähler verstehen, der einfache Menschenverstand kann es nicht.

(Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Wer keine Hoffnung auf neue Katastrophen setzt, wer glaubt, daß Glück und Wohlfahrt des deutschen Volkes davon abhängen, daß das deutsche Volk noch einmal durch ein Meer von Blut geht, der mag gegen diese Gesetze stimmen! Wir stimmen den Gesetzen zu, weil wir überzeugt sind, daß wir dem arbeitenden deutschen Volk nur dienen können durch eine mit den harten Lasten rechnende Politik der klaren Vernunft. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Cammerts (Z.): Es unterliegt keinem Zweifel, daß der deutsche Wirtschaftskörper unter Blutseele leidet. Das neue Blut, das neue Kapital muß durch Kredite beschafft werden. Langfristige Kredite bekommen wir nur, wenn das Vertrauen zu geordneten innerpolitischen Verhältnissen in Deutschland zurückkehrt. Die Wirtschaft ist sich der Konsequenz der Belastung durch das Industriegesetz bewußt.

Abg. Sah (Komm.): Ruhe für die deutsche Wirtschaft ist nicht zu erwarten, solange es Kommunisten gibt.

(Schluß im Morgenblatt.)

Sitzung des Partei-Ausschusses.

Der Partelausschuß der Sozialdemokratischen Partei tritt am Freitagnachmittag 2 Uhr im Fraktionszimmer im Reichstage zur Beratung der politischen Lage zusammen.

Deutschnationale Katastrophopolitik.

Beamtenvertreter hinausgeworfen.

Eine Abordnung des Deutschen Beamtenbundes mit Delegierten aus dem besetzten Gebiet sprach gestern vormittag auch bei der deutschnationalen Reichstagsfraktion vor, um sie zur Annahme der Dawes-Gesetze zu bewegen. Es kam zu einer eingehenden Aussprache, die schließlich für einen Charakterannahme, als die Beamtenvertreter den deutschnationalen Katastrophopolitik vorwarfen. Hierauf erklärte der Abg. Schlange-Schönningen, daß er nun erst recht auf jeden seiner Fraktionskollegen einwirken werde, fest bei der Ablehnung unter allen Umständen zu bleiben.

So konnten die Beamtenvertreter mit Entrüstung abgehen. Dr. Schlange pfeift auf die Angelegenheiten des besetzten Gebietes und seiner Beamten. Er weist den Vertretern der Beamten die Tür! Sie werden bei der Wahl, die sehr schnell kommen kann, daran denken!

Bayern für das Eisenbahngesetz.

München, 26. August. (TL.) Der gesamte Ministerrat und die Koalitionsparteien haben sich entschlossen, die bayerischen Eisenbahnanforderungen vorerst zurückzustellen, um den Bestand des Reiches nicht zu gefährden.

München, 26. August. (WZ.) Zu der abklingenden Stellungnahme der Deutschnationalen in der gestrigen Reichstagsitzung schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“ u. a.: Wir bedauern die Entscheidung der Deutschnationalen. Wir sehen keinen anderen Weg als die Annahme der Gesetze.

Der Ruf der besetzten Gebiete.

Westfälischer Städtetag und westfälischer Provinzialausschuß für Ausnahme.

Neben sehr zahlreichen anderen Rundgebungen aus allen Teilen des besetzten Gebietes, die sich energisch für Annahme des Londoner Protokolls einsetzen, sind folgende zu verzeichnen: Der Vorstand des Westfälischen Städtetages sandte dem Reichstag folgende Entschliebung:

„Der Vorstand des Westfälischen Städtetages verkennt nicht, daß die Londoner Verhandlungen wesentliche berechtigte Wünsche des besetzten Gebietes unerfüllt lassen und daß die furchtbare Belastung Deutschlands durch den Dawes-Plan an seine Leistungsfähigkeit schwerste, kaum tragbare Anforderungen stellt. Trotzdem muß der Vorstand für die von ihm vertretenen Städte Westfalens fordern, daß der Reichstag zur Verhütung schlimmerer politischer und wirtschaftlicher Folgen, die insbesondere das besetzte Westfalen und die angrenzenden westfälischen Gebiete treffen würden, die Dawes-Gesetze annimmt. Die Industrien und die Gemeinden des besetzten und des benachbarten, wirtschaftlich mit ihm verbundenen westfälischen Gebietes drängen zusammenzuschließen, wenn der letzte wirtschaftliche Druck nicht alsbald erloscht wird.“

Der Provinzialausschuß für die Provinz Westfalen sandte folgendes Telegramm an den Reichstag:

„Wenn auch nach den Londoner Abmachungen eine Reihe berechtigter Wünsche unerfüllt und eine ungeheure Belastung Deutschlands befehlen bleibt, erwartet der Provinzialausschuß der Provinz Westfalen dennoch vom Reichstag einmütig, daß er zur Verhütung schlimmerer politischer und wirtschaftlicher Folgen die Dawes-Gesetze annimmt, und zwar vor allem auch, um den Druck des besetzten westfälischen Gebietes zu mindern, das die Annahme und die durch sie bedingte Erleichterung seiner verzweifeltsten Lage dringend verlangt.“

Die Baumtorte.

Von Emil Rath.

Die verheerenden Wirkungen des Schutzzolls machen sich bemerkbar. Ich übertreibe wohl keinesfalls, wenn ich die Behauptung aufstelle, daß das Brot von den Leuten der Armen, besonders aber der Reichen, sehr bald verschwinden und der Baumtorte Platz machen wird. Ich habe gestern ihren Ein- oder besser Durchzug durch Berlin mit diesen meinen eignen Augen erleben dürfen. Es war ein erhebender Anblick. Das Wasser tropfte mir nicht nur aus den Augen, es lief mir beinahe im Runde zusammen. Doch ich will nichts vorwegnehmen.

Just am die Zeit, da die Arbeiter von ihrem verlängerten Achtstundentage nach Hause trotten, mit der Hälfte ihrer Gedanken rückwärts eiland zu dem Vortage, der ihnen 15 bis 20 R. in die Hand drückt, abgesehen von den Abzügen, mit der anderen Hälfte der Gedanken dem karglichen Abendmahl entgegengehend, brauste durch die Straßen Berlins ein Ruf ehrlicher Bewunderung und Begeisterung. Beides war berechtigt:

In langsamem, um nicht zu sagen majestätischem Tempo, bewegte sich ein glühendes, wirklich elegantes Auto auf dem westlichen Hippodrom dahin. Der Chauffeur bahnte mit starren Augen eine Winkelriedgasse durch den dichtesten Verkehr und bediente mit eiserner Pflichterfüllung das Steuerrad.

Im offenen Wagen aber thronte sie: schlank, zierlich, rotkohlig, mit buntem Plüsch behängt, mit Weinlaub getränkt, sie, die erhabene Baumtorte. Ein junger Mann mit ängstlichem Gesicht balancierte sie auf seinen spitzen Knien, und ein zweiter Mann (vielleicht war es der Konditor selber) beobachtete mit qualvoll gespanntem Gesicht die Vibrationen der Lorte und jede bedrohliche Häufung der Stöße im Verkehr.

Da sammelten die Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Bürgersteigen ihre beiden Gedankenhäften. Erschütterter sahen sie ihr Schicksal in Gestalt einer meterhohen, automobillahrenden Baumtorte an sich vorbeiziehen. Wera schon die Reichen den Brotpreis nicht mehr erschwingen konnten und Baumtorte essen mußten —! Und ärmlich glänzten die Knallbomben, mit denen die Baumtorte schlichter bestrebt war, in der blutigen Abendsonne.

Und das Auto mit der Baumtorte, dem martialischen Chauffeur und den beiden ängstlichen Polanzengarnen rollte der Sonne entgegen. Noch Berlin-Westen zu.

O ihr meine Brüder! Ihr sehend Blinden! Begreift ihr denn noch nicht, daß ihr arbeitslos sein müßt? Wenn der Abscham der oberen Zehntausend sogar auf das Brot verzichtet und Baumtorte essen muß, die so gedreht ist, daß sie behutsam spazieren fahren muß, — wie könnt ihr euch gegen das Schicksal so erbittert wehren?

Ludendorffs Landsknechte.

Aus dem völkischen Walthall.

Wir berichteten in der Morgenausgabe über die Liebeslosungen, die sich völkische Größen und Ludendorff-Anbeter in der bayerischen völkischen Presse zu Teil werden lassen. Daß einer den anderen als „Bonzen“ beschimpft, mag noch hingehen. Aber daß er seinen Parteifreund und Landtagsgenossen als einen wegen Bandendiebstahls elfmal Vorbestrafter oder als Verführer von Frauen seiner Freunde hinstellt, ist doch reichlich starker Pfeffer. Man kann dem „grroßen“ General wirklich zu solcher Gefolgschaft gratulieren. Er hat sie reichlich verdient.

Daß die freundschaftliche Auseinandersetzung in der Presse nur ein Spiegelbild des Hasses ist, mit dem die völkischen „Erneuerer Deutschlands“ sich gegenseitig verfolgen, geht auch aus dem Bericht unseres Nürnberger Parteiblattes über eine nationalsozialistische Versammlung hervor, die dieser Tage in Nürnberg stattfand. Wir lesen in der „Fränk. Tagespost“:

Die Deutsche Arbeiterpartei hatte nach dem „Kulturverein“ eine öffentliche Volksversammlung einberufen, in der Hillers Weggenosse, der Landtagsabgeordnete Dregler (Nürnberg), über „Mein Nationalsozialismus“ sprechen sollte. Trotdem einer der bekanntesten Männer des völkischen Bloßes als Redner angelündigt war, war die Versammlung nur von 500 bis 600 Personen besucht.

Die Einberufer scheinen ihren völkischen Volksgenossen nicht recht getraut zu haben, denn von Anfang an stand die Versammlung unter polizeilichem Schutz. Als Dregler zu Versammlungsbeginn nicht erschien, wurde zunächst ein Bericht über die Weimarer Tagung gegeben. Man vertrießte die Versammlung auf den Schnellzug 8 Uhr 50 Min. Als auch der Schnellzug ohne Dregler in Nürnberg eintraf und der Versammlung hierüber Mitteilung gemacht wurde mit der Ankündigung, daß nunmehr Kellnerbauer über „Unser Nationalsozialismus“ sprechen werde, brach ein ungeheurer Tumult los. Heulrufe auf Streicher, Wulfrufe auf Kellnerbauer durchbrausten den Saal. Bald gerieten die feindlichen Brüder hart aneinander und die Polizei mußte eingreifen und die tausenden Gentrur Deutschen voneinander trennen.

Die Opposition forderte auf, den Saal zu verlassen, was mit Hilfe der Polizei geschah. Nunmehr konnte Kellnerbauer vor ungefähr 200 Mann sprechen. Als Kellnerbauer zu Ende war, ergiff in der Diskussion ein Streicherianer das Wort, welcher Kellnerbauer das Recht abspach, sich als Nationalsozialist zu bezeichnen. Dieser Diskussionserbitter wurde vom Podium heruntergeholt, verprügelt und durch die Polizei aus dem Saale geführt.

Mit der Aufforderung, trotz alledem den Glauben an die völkische Bewegung nicht zu verlieren und mit Eifer wie bisher weiterzuarbeiten, wurde diese glänzende völkische Musterversammlung geschlossen. — heil!

Im übrigen leisteten sich die Landsknechte Ludendorffs die erbärmlichsten Streiche gegen Kriegsinvaliden. Bei der Versammlungsfeste zu Ulm fuhr im Feltzug ein Wagen mit, der die Aufschrift „Nie wieder Krieg!“ trug. In diesem Wagen saßen acht Kriegsbekämpfte, die zusammen neun Beine hatten, einer hatte einen Arm zu wenig. Die in Günzburg erscheinende „Volkzeitung völkischer Herald“ beschimpft diese Opfer des Ludendorff-Krieges, indem sie schreibt:

Die „Nie-wieder-Kriegshelden“ mußten im Wagen gefahren werden, wahrscheinlich waren sie nie im Kriege.

Also Spott und Hohn für die Leute, die ihre gelunden Glieder geopfert haben und die so frei sind, ihre Meinung über den Krieg öffentlich zu zeigen! Man vergleiche damit die Redensarten, die die völkischen in Wahlversammlungen den armen Kriegsoffizieren gegenüber gemacht haben! Roheit der Gesinnung ist allerdings kein Wunder in einer Partei oder „Bewegung“, in der man trotz elf Vorstrafen wegen Bandendiebstahls mit Sitzungsgeheimlichkeit zum Landtagsabgeordneten sich emporzuschwadronieren kann, trotdem man „zu dumm“ ist, um ein paar Worte über den Achtstundentag zu sagen. Frei-

lich, wenn nur die „Führerschaft“, die Gräfe, Ludendorff und Hitler im Lichte glänzt, dann kommt auf ein paar Wulles und Wiefenbacher nicht an!

Wie wir der „Westfälischen Post“ entnehmen, sind zwischen Ehrhardt und Kauter Differenzen entstanden, die zu einer Trennung Ehrhardts von Kauter geführt haben. Ehrhardt und Kauter galten bisher als unzweifelbare Freunde. Sie führten noch lehtin den Kampf gegen Ludendorff gemeinsam. Ob die Kuschönung zwischen Ehrhardt und Ludendorff mit dem darauf folgenden Schimpfweil zwischen Ludendorff und den „Ehrenrichtern“ als Sprengpulver gewirkt hat, geht aus der Meldung nicht hervor. Sie zeigt jedenfalls wieder einmal, was von der vielgerühmten „Sammlung und Konzentration“ im Lager der völkischen zu halten ist.

Wer lügt?

Die vaterländischen Verbände „dementieren“.

Unter der Ueberschrift: „Ein Regierungsmanöver?“ verbreiten die vaterländischen Verbände folgende Erklärung:

„Die Linkspresse verbreitet die Meldung, daß der Reichstagsabgeordnete Wams von der Deutschen Volkspartei der „Magdeburgischen Zeitung“ erklärt hätte, daß die VB. vom Rheinland und Westfalen zu der Tagung der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands nicht eingeladen und für die Annahme des Londoner Abkommens wären. Hierzu erklären die VB., daß diese Meldung in allen Teilen frei erfunden ist, denn die vaterländischen Verbände des unbefetzten Westfalens sind für die Ablehnung, während im ganzen besetzten Gebiet alle Ortsgruppen aller vaterländischen Verbände aufgelöst worden sind. Es ist deshalb niemand bevollmächtigt, in ihrem Namen zu sprechen, andererseits liegen aus dem besetzten Gebiet zahlreiche Stimmen aus nationalen Kreisen vor, die sich ebenfalls für die Ablehnung der Londoner Vereinbarungen aussprechen, weil das 1000 Jahre alte Ziel Frankreichs, Deutschland vom Rhein aus zu beherrschen, durch die Regierung Herriot sehr geschickt verschleiert, aber unter keinen Umständen aufgegeben worden ist. Es ist deshalb die Meldung der Linkspresse als nichts weiter als ein Manöver der Regierungsparteien aufzufassen.“

Der Bert dieses „Dementis“ geht bereits aus seinem Wortlaut hervor, der den Anschein zu erwecken versucht, als handele es sich lediglich um eine von der Regierung in die Linkspresse lancierte Tendenzmeldung, während tatsächlich eine Erklärung des völkischen Reichstagsabgeordneten Adams in der schwerindustriellen „Magdeburgischen Zig.“ vorliegt. Im übrigen wird man es Abg. Adams überlassen können, sich mit den vaterländischen Verbänden, deren Geistesart satfam bekannt ist, auseinanderzusetzen.

Die Revision im Grandel-Prozess.

Die von der Staatsanwaltschaft in dem bekannten Prozeß gegen den Fabrikanten Dr. Grandel und den Kaufmann Thormann eingeleitete Revision ist jetzt fertiggestellt und wird den beiden in dem Aktenaktenbuch damals beteiligten Personen jetzt zugestellt werden. Die Revision wendet sich in der Hauptsache gegen die Auslegung, daß der Wittäter an einem Attentat straflos sein soll, wenn der Anstifter — der agent provocateur — nicht den ersten Willen gehabt hat, die Tat zu begehen. Der ganze Fall dürfte in diesem Herbst noch einmal die Gerichte beschäftigen, unter der Voraussetzung, daß sich Thormann noch in Deutschland befindet. Andernfalls dürfte die Verhandlung gegen ihn von dem neuen Prozeß gegen Dr. Grandel abgetrennt werden.

Die Münchener Polizei hat eine öffentliche Versammlung, die von dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Buchmann und dem Landtagsabgeordneten Schlaffer einberufen war und in der gegen das „Londoner Diktat“ protestiert werden sollte, ohne Angabe von Gründen verboten.

Schutzoll und Baumtorte sind Kalturnotwendigkeiten, denen Arm und Reich gleichmäßig unterworfen sind.

Und Schutzoll und Baumtorte haben schon einmal das deutsche Volk in den Krieg gestürzt. Hütet euch vor der Baumtorte.

Die Sicherung des neuen Zeppelins gegen das Wetter. Das neue Zeppelin-Luftschiff, das für die Vereinigten Staaten bestimmt ist, tritt demnächst seine Fahrt nach Amerika an. Bei diesem Ueberqueren des Atlantischen Ozeans muß man aber mit stürmischem Wetter rechnen, und deshalb hat die Route, die das Schiff einschlägt, auf die Wetterlage Rücksicht zu nehmen. Für dieses richtige Navigieren des Schiffes sind umfassende Vorbereitungen getroffen, über die in der „Umschau“ berichtet wird. Zeppelin selbst hat schon die Wetterberichte sammeln lassen und zahlreiche Logbücher von Dampfern beschafft, die die transatlantische Route fahren. An der Hand dieses Materials aus den letzten 25 Jahren konnten die Führer an Kartenmäßige Pläne unternehmen, bei denen alle Daten der Wirtschaft entnommen wurden. Mehr als tausend solcher „Zimmereisen“ wurden vorgenommen, und die Führer des neuen Luftschiffes sind dadurch eingehend vorgebildet. Wenn das Luftschiff auf seiner Fahrt in ein Sturmsgebiet gerät, dann weicht es nach Norden aus. Die Wirtelwinde des Atlantik erstrecken sich auf ein Gebiet von 800 bis 1600 Kilometer Länge, und das Tief zieht dabei mit einer Stundengeschwindigkeit von 50 bis 80 Kilometer nach Osten. Die Luft strömt ihm von den Rändern herzu und zwar so, daß im ganzen Gebiet des Nordatlantik die Windrichtung der Richtung des Uhrzeigers entgegengesetzt ist. Würde das Luftschiff vor dem Sturm nach Süden ausbiegen, so hätte es an den Rändern des Tiefs noch mit starkem Gegenwind zu rechnen. Umfahrt es aber das Tief an der Nordseite, so kommt es mit Rückenwind rasch aus der Sturmzone heraus. Ein eingehendes Studium der Wetterlage vor der Abfahrt sind die Wirtelwinde, das Luftschiff auch während der Fahrt auf drachlosen Wege mit Wettermeldungen zu versehen, bieten dem Führer genügend Material, um das Schiff zu sichern.

Babel in Moskau. In französischen internationalen Zeitschriften findet sich die Photographie eines Negers, der auf dem „ehrwürdigen“ Jarenthron der Romanows im Kreml zu Moskau Platz genommen hat. „Diese Photographie“, so liest man in dem Begleittext, „ist symbolisch“. Sie stellt den Kameraden Lunin dar, den Delegierten der kommunistischen Regier von Guadeloupe, der zwischen zwei Sitzungen des Kongresses der dritten Internationale auf dem Thronessell Platz genommen hat und damit offenbar die gewaltige Umwälzung sinnfällig machen wollte, die der Bolschewismus hervorgerufen hat. Auf diesem Kongreß waren Vertreter des Proletariats aller Rassen und Farben anwesend. Seit Lenin auf dem zweiten Kongreß erklärt hat, daß eine „Revolutionierung der verfaulenden Alten Welt unmöglich“ sei, wenn nicht eine Bewegung gleichzeitig in den Kolonien ausbreche, haben die Sowjets die Sache der „unterdrückten Völker“ zu der ihrigen gemacht, und seit jenen Tagen gleicht ein Kongreß der Dritten Internationale in Moskau dem Turmbau zu Babel. Die indischen Delegierten rufen zum Kampf

gegen England, die bolschewistische Regier zur Revolte gegen die Herrschaft Frankreichs. „Man muß die Brandfackel in die Kolonien des britischen Reiches werfen und keinem Imperialismus den Lebensnerf abschneiden“, sagte Ros, ständiger Delegierter der indischen Kommunisten. „Asien“, erwiderte der von den französischen Berichten in Abwesenheit zum Tode verurteilte Guibourg, muß das Grab des französischen Imperialismus werden.“ Kein Wunder, daß die alten Kolonialmächte beim Anblick eines Bildes, wie es der Regier auf dem Jarenthron bietet, so etwas wie leises Unbehagen in sich aufsteigen fühlen.

Erstes deutsches Go-Turnier. Auf Anregung der schon recht zahlreichen im „Münchener Schachklub“ (Stefanie) vereinigten Go-Freunde Münchens fand dieser Tage in München das erste deutsche Go-Turnier statt. Gospieler aus Württemberg, Nord- und Südbayern, aber auch aus Norddeutschland nahmen teil. Das nächste Turnier soll in Berlin stattfinden; dort sind eine Reihe starker Spieler vorhanden, darunter der deutsche Meister Drieball und Emanuel Vosker, der beste Schachspieler der Welt, der auch ein recht guter Gospieler ist. Er und viele andere stellen das Go über das Schach, das es auch wirklich an Kombinationsreichtum und spannenden Verlauf der Partien weit übertrifft.

Was ist denn Go? Mancher Leser wird es vielleicht noch nicht wissen. Go ist ein Brettspiel, von viertausend Jahren in China erfunden, lehter in Ostasien ununterbrochen gepflegt, in Japan sogar auf eigenen Universitäten. Die Japaner haben neue Meistergrade aufgestellt, deren untersten aber noch kein Europäer erreicht hat. Jedoch breitet sich das herrliche Spiel jetzt in zunehmendem Maße auch in Europa, zumal Deutschland und Oesterreich aus; fast in jeder größeren Stadt und in vielen kleineren sind Gospieler zu finden. Die Regeln sind überaus einfach und frei von jeder Willkür. Adressen von Spielern erhält man durch B. Rüter in Dresden, Braunsdorfer Straße 5.

Bühnenkonzert. Die Opern-Spielzeit in der Oper am Königsplatz bestimmt am Sonntag, den 1. Sept., mit Rosaris „Saubert!“ — Frau Cahier (Reinhold) wird an der Staatsoper ein dreimaliges Gespiel geben, und zwar am 1. Sept. als Agucena im „Troubadour“, am 2. als Ortrud im „Lohengrin“ und am 6. als Brangäne im „Tristan und Isolde“.

Ruß. Keller fischer beginnt am Donnerstag 8 Uhr seine regelmäßigen Donnerstags-Delegationskonzerte im Do.

Ein Pfund Raupen zwangsvisi. Ueberall in Deutschland wurde heuer über große Schädlingsspiagen geklagt. Besonders stark und gefährlich trat in einigen Gegenden der Kohlmehlung auf. Eine bemerkenswerte Methode zur Vertilgung dieser Plage nannte die Stadt Göttingen an. Sie richtete eine Sammelstelle ein, die für je 100 Stück erbeuteter Kohlmehlunge eine Rentennote und für ein Pfund Raupen 20 Pf. zahlte. In einem Tage wurden nicht weniger als 26885 Kohlmehlunge abgeleiert.

Die Hofkammerburg französisches Nationaldenkmal. Die Hofkammerburg, das alte Wahrzeichen des Westfalens, soll als Nationaldenkmal der „Befreiung Westfalens“ gepflegt werden. Also wird diese von Bobo Ehrhardt wiederhergestellte Burg auch die Wäge der neuen Landesregierung finden. Schlich ist diese Verwendung in keiner Weise begründet. Die Burg war schon vor der ersten Eroberung Westfalens durch Frankreich Ruine und hing niemals mit Frankreichs Geschichte zusammen.

Interparlamentarische Konferenz. Reform des Völkerbundes.

Bern, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf der interparlamentarischen Konferenz, welche am Montag der früheren französischen Völkerbundesdelegierte Barthélemy den Verständigungswillen und die Friedensliebe Frankreichs und reichte unter dem stürmischen Beifall der Konferenz dem deutschen Vertreter Schäding die Hand. Die Konferenz fasste einstimmig den Beschluss, dass alle Mitglieder für eine Verfassungsänderung eintreten sollen, die Kriege verbietet und alle Rechtsstreitigkeiten zwischen den Staaten einem Weltgerichtshof unterbreitet. Angenommen wurde ein Antrag Schäding, der Geheimverträge verbietet und eine Kontrolle der Geheimfonds fordert, ein Antrag Lebeun-Franck, eine internationale Kommission zu schaffen für die Aufklärung über die internationale Rechtsslage in allen Ländern, und ein Antrag Andersen-Dänemark, die Instruktionen der Völkerbundesdelegierten von den zuständigen Parlamenten zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion zu machen. Der Sitzung wohnten u. a. auch der dänische Ministerpräsident Genosse Stauning und der dänische Arbeitsminister Genosse Borgbjerg bei.

Frankreich und der Garantievertrag.

Paris, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung veröffentlichte am Montag ein an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtetes Schreiben, in dem sie ihre Zustimmung zu dem vom Völkerbundrat vorgeschlagenen Entwurf eines gegenseitigen Garantievertrages mitteilt. Dieser Entwurf ist, wie bekannt, bisher von den Regierungen fast aller Großmächte, insbesondere von England, Russland und Deutschland sowie der Wehrmacht der Verbündeten Frankreichs abgelehnt worden. Die an ihm geübte Kritik geht vor allem dahin, dass der Entwurf des Völkerbundes, statt die Möglichkeiten des Ausbruchs eines neuen Krieges durch Einführung des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens zu verhindern, durch die der Gesamtheit der Signatarmächte auferlegte Verpflichtung, dem angegriffenen Staat zu Hilfe zu kommen, eine neue gewalttätige Kriegsmaschine aufrichtet. Als besonders erschwerend wird bezeichnet, dass, wie die Vergangenheit gezeigt hat, es sehr häufig unmöglich sei, einwandfrei zu entscheiden, wer im konkreten Fall der Angreifer und wer der Angegriffene sei. In ihrer an den Völkerbund gerichteten Note versucht die französische Regierung diese Ausstellungen zu entkräften. Sie stellt mit Behauptung fest, dass fast alle Mächte Bedenken trügen, sich zur Unterstützung einer dritten Macht zu verpflichten, und versucht nachzuweisen, dass das Prinzip, auf dem der Vertrag aufgebaut sei, auf dem Ideale der internationalen Solidarität beruhe, zu dem sich die Regierungen mit der Unterzeichnung der Völkerbundscharte bekannt hätten. Andererseits erklärt die französische Regierung, dass sie bereits eine erhebliche Einschränkung der französischen Äußerungen durchgeführt habe, dass sie insbesondere die Dauer der Militärpflicht um die Hälfte, die Zahl der aktiven Divisionen um 25 Proz. und die Tonnanzahl der Kriegsschiffe ebenfalls um die Hälfte vermindert habe. Sie müsse aber die weitere Herabsetzung der Kriegsausgaben von ausreichenden Garantien für die Sicherheit Frankreichs abhängig machen.

Neue Micumverhandlungen.

Essen, 26. August. (W.T.B.) Die Micum hat die Sechser-Kommission für den 29. August zu neuen Verhandlungen eingeladen.

Französische Finanzreform.

Paris, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilungen, die der Vorsitzende der Finanzkommission der Kammer, der sozialistische Abg. Auriant, am Montag der Presse gemacht hat, soll die Aufstellung des französischen Haushaltsplans für das Jahr 1925 demnächst beschleunigt werden, dass die Kommission bereits am 25. September mit der Besprechung der wichtigsten Einnahme- und Ausgabequellen beginnen kann. In der Zwischenzeit wird die Regierung ihrerseits die Möglichkeiten einer günstigen Finanzreform prüfen, deren Ziel die völlige Balancierung des Haushalts ist, der noch immer ein in die Milliarden gehendes Defizit aufweist. Der Haushaltsvoranschlag für 1925 soll auf völlig neuer Grundlage aufgebaut werden. Das bisher selbstständig geführte „Budget der von Deutschland wieder zu erstatenden Ausgaben“ soll gestrichen und die Ausgaben für die Reparationen, die Pensionen usw. in den ordentlichen Haushalt übernommen werden. Ebenfalls sollen in den ordentlichen Haushalt die aus der Durchführung des Dawes-Planes zu erwartenden Einnahmen gebracht werden, die sich nach dem Vorkurs im nächsten Jahre auf etwa 900 Millionen Frank belaufen werden. Eine der Hauptaufgaben der Regierung wird die Erschließung neuer Einnahmequellen sein an Stelle der im Frühjahr beschlossenen Steuererhöhung um 20 Proz. und einiger anderer Abgaben, für deren Wiederaufhebung sich das Ministerium Herriot verpflichtet hat. Die Debatte über diese Finanzreform dürfte einen großen Teil der voraussichtlich Ende Oktober beginnenden Herbsttagung des französischen Parlaments ausfüllen.

Hoffnungen der Börse.

An der heutigen Börse wurde die gestrige Reichstagsdebatte eifrig erörtert. Man hofft immer noch auf einen Kompromiß mit befriedigender Gewissheit, dass am 30. August auf alle Fälle unterzeichnet wird. Man hofft, dass die Reichstagsdebatte die Frage der Kredite in den Vordergrund treten lassen wird, die man als außerordentlich dringlich betrachtet. Recht enttäuschend wirkte die Veröffentlichung der Goldmarkbilanz der Berliner Handelsgesellschaft mit einer Zusammenlegung des Friedenskapitals, welches seit 1908 nicht mehr erhöht wurde, im Verhältnis von 5:1. Der Traum der sogenannten „goldwertigen Aktien“ ist ausgeblüht und man fürchtet, dass andere Gesellschaften diesem Beispiele folgen werden.

Beforgnis erregt auch die Absicht Frankreichs, die deutschen Importe mit einer 20prozentigen Abgabe zu belegen. Man befürchtet an der Börse, dass die Arbeit der Transferierungskommission durch diese Maßnahme nicht nur ungemein erschwert, sondern nahezu unmöglich gemacht werden wird.

Größeres Geschäft entwickelte sich teilweise am Ralimarakt, namentlich in unnotierten Werten. Die Stuttgarter Sparfassenlogung hat im wesentlichen nichts Neues gebracht, und so handelte man Sprag. Reichsanleihe gegen 12 Uhr mit 850 bis 840. Der Geldmarkt zeigt eine Verfestigung; tägliches Geld muß mit einem Satz von circa 1/2 Promille bezahlt werden. Am Devisenmarkt sind die Anforderungen gegenüber den gestrigen etwas gesunken. Die Abgabe von Devisen ist laufend. Es handelt sich wohl in der Hauptsache um Exportdevisen, die bereits seit längerer Zeit laufend eingehend.

Ratifizierung des Lausanner Vertrages. Die französische Kammer hat in einer neuen Ratifizierung am Dienstagmorgen mit 410 gegen 171 Stimmen den Friedensvertrag von Lausanne ratifiziert.

Der unbequeme Ehemann. Teilgeständnis der Witwe Krüger.

Wie wir schon mitteilten, war die Witwe Krüger aus Hannover im Kreise Ost-Sternberg wegen Gattenmordes von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Anfangs hatte Frau Krüger behauptet, daß sie von der Tat überhaupt nichts wisse und daß ihr Mann in geistiger Unmündigkeit verübt haben müsse. An Hand des gesammelten Beweismaterials und der Feststellungen des Arztes Professor Dr. Strauch, in denen man ihr nachwies, daß unbedingt eine zweite Person bei dem Tode ihres Mannes zugegen gewesen sein müsse, mußte sie zugeben, daß ihr Mann den Selbstmord in ihrer Gegenwart verübt habe, daß aber ein weiterer Zeuge nicht zugegen gewesen sei. Bei den weiteren Vernehmungen bequeme sie sich, wie die Polizei mitteilt, das folgende Teilgeständnis über die Vorgänge jener Nacht abzugeben.

Der Mann sei an jenem Abend noch spät fortgegangen, um einen Bekannten zu besuchen, sie habe seine Rückkehr abwarten müssen. Als er gegen 12 Uhr heimkehrte, geriet sie mit ihm in Streit, in dem sie ihm über sein langes Ausbleiben heftige Vorwürfe machte. Durch das lange Wortwechsel geriet sie über der Gedanke auf, ihren Mann, der ihren Zorn auch durch seinen unstillbaren Lebenswandel erregt hatte, aus dem Wege zu räumen. Sie ergriff ein Messer und schritt ihrem Manne, der sich, um seine regenfeuchten Kleider zu trocknen, an den Ofen gesetzt hatte, die Kehle durch. Danach legte sie ihn wie sie früher schon zugegeben hatte, auf das Ruhebett. Das Messer warf sie in den Ofen und wusch die Blutspuren aus ihren Kleidern noch während der Nacht. Um durch Umhergehen und Hantieren kein Geräusch zu verursachen und dadurch vielleicht die Untermieterin Griewisch vorzeitig aufmerksam zu machen, setzte sie sich angezogen an einen Stuhl in demselben Zimmer. Bei Tageslicht bemerkte sie, daß von den Blutspuren auf ihrem Kleider Spuren zurückgelassen waren und band, um dieselben zu verdecken, eine Schürze um. Hiermit benachrichtigte sie eine Nachbarin, die Gerichtskommission ersuchte, und es gelang Frau Krüger schließlich, zuerst den Selbstmord glaubhaft zu machen. Ihre Aussagen unterstützte sie durch Erzählungen, daß ihr Mann sie bereits früher mit einem Gewehr bedroht habe. Dieses Geständnis entspricht aber sicher nicht den Tatsachen. Ihre Aussage, Krüger den tödlichen Schnitt von vorn beigebracht zu haben, ist dumm, weil der lange Balken des Mannes dann durch das Messer hätte beschädigt sein müssen. Sie hat den Mann von hinten am Halse gepackt, den Kopf über die Stuhllehne zurückgerissen und ihm dann die tödliche Verwundung beigebracht. Auch ihre Aussage, daß Krüger durch seinen unstillbaren Lebenswandel ihr Veranlassung zu dieser Tat gegeben habe, stimmt nicht, denn Krüger war im Dorfe ein angesehenes Mann.

Kupperei in ehbarem Gewande.

Ueber gefährdete jugendliche Artistinnen berichtet die Hilfsarbeiterin im Berliner Polizeipräsidium Dr. Martha Woffe in der „Sozialen Praxis“. Anknüpfend an einen Fall, in dem eine gewissenlose Person ein Mädchen von 15 bis 21 Jahren unter dem Vorwand, sie in den ersten Vorstages des Auslands aufzutreten zu lassen, überberichtigten Lokalen der Verkommenheit zugeführt hat, beleuchtet die Verfasserin das Vergehen des Jugendhuhnes auf einem wichtigen Gebiete.

Personen, denen jede artistische Ausbildung und Fähigkeit abgeht, suchen sich durch Zeitungsanzeige einige hübsche junge Mädchen, denen in wenigen Wochen ein paar Länze oder „artistische“ Bestellungen oberflächlich beigebracht werden. Mit diesen, meist aus Arbeiter- oder Kleinbürgerkreisen stammenden Mädchen, reisen sie noch einiger Zeit ins Ausland, wo ihre Opfer, ohne Schutz und der Spöche unbeding, zu Anwärter- und schimmernden Smeden benutzt werden. Widerstand wird durch mehr oder minder „sanften“ Zwang gebrochen. In dem ersterwähnten Fall hatten die Mädchen vor einem Notar endlich der Kuppelerin das beste Zeugnis gegeben und erst nach der mit Hilfe der deutschen Gesandtschaft erfolgten Befreiung aus ihrer Händen die Wahrheit bekundet. Diesen verbrecherischen Treiben gegenüber vorzogen in ihrer heutigen Fassung sowohl das Strafgesetzbuch samt dem Mädchenhandelsparagrafen des Auswanderungsgesetzes als die Gewerbeordnung und die Vorschriften. Wir erfahren, daß es sich um einen weitverbreiteten Mißstand handelt. Die Verfasserin, die in einem Jahre mit 260 solcher Mädchen amtlich befaßt war, erklärt: sie bildet nur einen kleinen Prozentsatz derer, die tatsächlich in Berlin zu solchen Truppen gehören. Andere große Städte haben dieselben Erfcheinungen. Alljährlich treten viele Mädchen zwischen 14 und 17 Jahren als Rekruten in solche Truppen ein und sind nach einem halben Jahre festlich und körperlich ruiniert. Der Meinung, die aus Unwissenheit, öfter aus Bequemlichkeit des Gewissens geäußert wird, es handle sich hier um geborene Dornen, kann nicht scharf genug widersprochen werden. Zur Abhilfe wird neben einer zweckmäßigeren Fassung des Kuppelparagrafen vor allem die Genehmigungspflicht für alle solchen Truppen, wie sie auch die Internationale Artistenloge verlangt, sowie zur Aufstellung des Passes die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters und der zu sorgfältiger Prüfung zu verfassenden Verwaltungsbehörde gefordert. Weicht diese oder das Jugendamt Bedenken, so ist die Passausstellung zu verweigern und die Abreise zu verhindern. — Man kann diesen Vorschlägen nur zustimmen. Hoffentlich wird die Gesetzgebung ohne Verzug das Nötige veranlassen. Es steht viel auf dem Spiel, und rasches Eingreifen ist Ehrenpflicht des Staates.

Die Turnkleidung beim Schulturnen.

Langsam hat es gedauert, bis im Schulfachen sich die Einsicht durchsetzen konnte, daß für Turnübungen eine möglichst weitgehende Nacktheit wünschenswert und nötig ist. Jetzt empfiehlt das Berliner Provinzialschulkollegium allen Schulen, auf Benutzung einer Turnkleidung hinzuwirken, die im wesentlichen nicht mehr als eine Badehose ist. Die Jungen sollen nur eine ganz kurze Hose tragen, so daß die Schenkel und der Oberkörper unbedeckt bleiben und sich frei der Luft darbieten. Dazu kommen Socken und Schuhe, um die Füße vor Verletzungen zu schützen. Manche Schulen haben diese Turnkleidung ohnedies längst als zweckmäßig erkannt und für ihre Schüler eingeführt, so daß ihnen der Erlaß des Provinzialschulkollegiums nichts Neues bringt. Bei Übungen, die es zulassen, wird auch auf Socken und Schuhe verzichtet. Der Erlaß bezieht sich nur auf die Kleidung für turnende Knaben. Aber auch für turnende Mädchen ist in manchen Schulen Berlins (in einigen Anlagen) bereits eine Kleidung üblich geworden, die sich von den Mädchen-Badefesthalten nur noch wenig unterscheidet. Hoffentlich wird das Provinzialschulkollegium nicht lange zögern, die Mädchen gleichfalls zu ihrem Rechte kommen zu lassen und die Notwendigkeit einer zweckmäßigen Turnerinnenkleidung anzuerkennen.

Wichtig für Kriegereatern

Ist die durch Gesetz vom 4. August 1924 mit Wirkung vom 1. August 1924 getroffene Abänderung des § 45 des Reichsversorgungsgesetzes. Bisher war der Bezug der Elternrente ausgeschlossen, wenn das Einkommen der Eltern die Rente, die einem Beschädigten bei Erwerbsunfähigkeit nach den §§ 27 Abs. 1, 51 und 87 des Reichsversorgungsgesetzes zusteht, das Einkommen eines Elternteils (einzeln) von hundert dieses Betrages übersteigt. Nach der neuen Bestimmung gilt der Anspruch bei einem Elternteil erst als ausgeschlossen, wenn dessen Einkommen mehr als achtzig vom Hundert jenes Betrages ausmacht. Da die Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen auf Elternrente noch bis zum 31. März 1926 läuft, können auch alle diejenigen Väter oder Mütter von Kriegern, die bisher mit Anträgen auf Gewährung der Elternrente abgewiesen wurden, weil ihr Einkommen die bisher festgesetzte Grenze überstieg,

erneut Elternrente beantragen, falls ihr Einkommen die neu festgelegte Einkommensgrenze nicht übersteigt. Die jetzt für einen Eltern teil maßgebende Einkommensgrenze liegt in folgenden Monatsbeträgen: Dristklasse A: 30 Goldmark; Dristklasse B: 29,28 Goldmark; Dristklasse C: 28,56 Goldmark; Dristklasse D: 27,84 Goldmark; Dristklasse E: 26,40 Goldmark. Die Einkommensgrenzen beim Anspruch auf Elternrente für beide Eltern sind seit 1. August 1924 bei derselben Reihenfolge der Dristklassen in Goldmark: 37,50, 36,60, 35,40, 34,20, 33,00. Auch hier trifft zu, was oben bezüglich der Wiederholung von Anträgen auf Gewährung der Elternrente gesagt ist, wenngleich die seit Dezember 1923 allmählich um 50 Proz. eingetretene Erhöhung der Einkommensgrenzen sich nicht so sehr auswirkt wie die bei einem Elternteil mit dem 1. August 1924 eingetretene Erhöhung.

Nächstliches Opfer einer Autofalle.

Ein Motorradfahrer in Zehlendorf überfallen und beraubt.

In der vergangenen Nacht gegen 2 1/2 Uhr wurde vor dem Grundstück Potsdamer Chaussee 1 in Zehlendorf der 26 Jahre alte Kaufmann Fritz Haller, der Wilmersdorfer, Wilhelmstraße 25, wohnt, beim Passieren der Mitte der Chaussee aufgefunden. Er war 10 Meter von ihm entfernt lag sein Motorrad, ein offener Kaufhof und eine leere Brieftasche. Noch einige Meter weiter entdeckte man eine Autofalle, deren Spanndraht gerissen war. Haller, der eine Gehirnerschütterung davongetragen hatte, wurde in bewußtlosem Zustand nach dem Sanatorium „Waldsiedel“ transportiert. Nach der ganzen Situation zu urteilen, hatten die noch unbekannteren Täter einen Draht quer über die Chaussee gespannt, um in der Dunkelheit Radler und Motorradfahrer zu Fall zu bringen und zu berauben. Der Ueberfall hat sich wieder auf der durch Ueberfälle ähnlicher Art bereits berüchtigten Potsdamer Chaussee zwischen Wannseebahn und Nikolassee zugetragen. Daß sich die Verbrecher gerade diese Stelle ausgesucht, liegt an der gänzlich unzureichenden nächtlichen Beleuchtung und der ebenfalls unzureichenden nächtlichen postpolizeilichen Sickerkontrollen.

Berliner Hundesperren.

Die jetzige Hundesperre in Berlin ist die längste, die wir jemals gehabt haben. Angordnet wurde sie Anfang Mai 1923, sie dauert mithin schon ziemlich 16 Monate. Vor ihr war die längste Hundesperre die von 1913, die etwas über 12 Monate dauerte. Von 1913 bis 1923/24 hat Berlin im ganzen zehn Hundesperren gehabt. Zu den lange dauernden Hundesperren gehörten auch die von 1916 mit etwa 9 1/2 Monaten und die von 1917 mit über 6 Monate. Die übrigen Hundesperren dauerten alle weniger als 3 Monate. Die kürzeste der letzten zehn Jahre war die von 1922, die noch 1 1/2 Monaten aufgehoben wurde.

Ein sehr gefährlicher Brand kam in der letzten Nacht gegen 12 1/2 Uhr auf dem Güterbahnhof Bestand zum Ausbruch, und zwar angeblich durch Leckage eines mit Benzin beladenen Eisenbahnwagens. Das Benzin entzündete sich und in wenigen Minuten standen vier angekuppelte Eisenbahnwagen eines Güterzuges in Flammen, die weithin sichtbar waren und den Eisenbahnerfahrern gefährdeten. Die Charlottenburger Feuerwehren waren schnell zur Stelle. Es gelang die übrigen Wagen des Güterzuges abzukupplern und aus dem Bereich der Flammen zu entfernen. Die vier brennenden Wagen, die mit Öl, Benzin, Farbe usw. beladen waren, konnten nicht mehr gerettet werden; sie brannten bis auf die Eisenteile vollständig nieder. Die Hitze war so enorm, daß ein eiserner Benzinhälter erpödierte und die Feuerwehrenteamen sich der Brandstelle nur mit Vorsicht nähern konnten.

Bestraffe Gasdiebe. Wegen Gasdiebstahl stand das Ehepaar H. vor dem Schöffengericht in Pantow. Der Ehemann H. erhielt auf Grund seiner Vorstrafe 3 Monate Gefängnis, während die Ehefrau zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Die Strafe der Ehefrau wurde, da sie noch unbestraft war, in 100 Goldmark umgewandelt. Da durch die Leichtfertigkeit, mit der die Gasdiebstähle begangen werden, das Leben der Mitbewohner stark gefährdet wird, ist es Pflicht jedes einzelnen, derartige Fälle von Gasdiebstahl unnochlässig zur Anzeige zu bringen.

Die Herabsetzung der städtischen Beherbergungssteuer in Deiza auf zehn Prozent erstreckt sich einheitlich auf alle Hotel- und Restenwohnungen und hat bereits für die benachteiligten Leipziger Herbstmesse Günstigkeit.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Stimmig 14/15, wollos, zeitweise aufhellend, keine erheblichen Niederschläge.
Deutschland: Im Norden noch leichte Regenschauer, sonst größtenteils trocken. Im Süden langsam aufhellend.

Parteiankündigungen für Groß-Berlin

Einblendungen (für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

13. Kreis Tempelhof, Prenzlauer, Marziesfeld und Hiltensende. Gemahnt, den 30. September: Aufhebung im Festsaal des Volksgymnasiums Tempelhof, Rainier-Ringstraße 20, „Volksklub“. Alle und neue Parteimitglieder und Kandidaten. Mitwirkende: Konzeptionsleiter Frau Gertraud Wolf, Herr Professor Robert Keller (1. Konzeptionsleiter der Staatsoper) Violine, Herr Dr. Ernst Jost Riederer sowie einleitende und verbindende Worte. Eintritt im Vorverkauf 50 und an der Abendkasse 70 Pf.

Morgen, Mittwoch, den 27. August:

14. 10. 7/8 Uhr: Mitgildeversammlung Schule Pankowstr. 3. Vortrag des Gen. Biele: „Die augenblickliche Situation“.
15. 10. 7 Uhr bei Goldbach, Hiltensende 7: Vortrag des Gen. Walter Brandt.
16. 10. 7 Uhr: Die Mitgildeversammlung findet in der Schulaula Christenburgerstr. 7 (alt. Schule) statt.
17. 10. 8 Uhr: Mitgildeversammlung im 20. Hof, Alpenstraße. Vortrag des Gen. Tollberg: „Die Landwehr Konferenz“.

Sport.

V. Rhön-Regelflug-Wettbewerb.

Riffingen, 24. August. Das Interesse war bereits durch die Ankündigungen der Riffinger Bodenverwaltung für das Flugturnier am Sonntag, den 24. August, auf das herzlichste gelegenen Reitturnierplatz besonders erregt. Der Höhepunkt der Veranstaltungen war das Eintreffen der Motorflugpiloten von der Wassertruppe her. Den ganzen Morgen lag die Rhön in den Wolken, als es gegen 3 Uhr sich aufklärte. Es starteten: Udet auf „Kolibri“, Blume auf „Hohent“, Mariens auf „Windhund“ auf der Wassertruppe bald nach einander und brachten für die circa 40 Kilometer lange Strecke (Luftroute) 22—25 Minuten. Für die Rückkehr zur Wassertruppe änderte sich das Wetter zusehends (schlechter, nur Udet konnte den alten Startplatz erreichen. Er wurde durch Verdachtstrafen trotz Nebels richtig gemessen. Blume machte bei Premich eine Zwischenlandung und Mariens blieb in Riffingen. Das Wetter verschlechterte sich weiter.

Auf der Wassertruppe war das Wetter jämmerlich (schlecht). Dann startete es gegen 3 Uhr auf. Es starteten die drei Motorflugpiloten zum Fernflug Riffingen. „Greichen“ des Flugtechnischen Vereins Halle, Eindecker mit Sitz im Rampf, 12 Meter Spannweite bei 16 Quadratmeter Flügelinhalt, machte seinen ersten kleinen Sprung. Desgleichen „Bremen-Heigoland“ der Wassertruppe (G. m. b. H.) Baden-Baden, ebenfalls Eindecker mit 18,6 Meter Spannweite und 17 Quadratmeter Flügelinhalt. „Margarethe“ unter Ottos Führung flog mit Fluggast 17 Minuten und schlug damit den bisherigen Rhönrekord von 11 Minuten um 6 Minuten.

Im Ranton hängt die Wassertruppe in den Wolken. Es regnet und gießt mit Unterbrechungen.

